

Drei Wahlen in einem Jahr – wir rüsten uns

In vier Monaten wählen wir einen neuen Bundestag, in einem Jahr ein neues Europaparlament sowie bei den Kommunalwahlen unseren Stadtrat und die Bezirksvertretungen. Drei Wahlen, die von uns einen großen Einsatz fordern. Bei der Bundestagswahl geht es für uns in Gelsenkirchen darum, mit einem guten Ergebnis für einen Wahlsieg der Union zu sorgen. Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel soll weitere vier Jahre unser Land erfolgreich führen und Oliver Wittke soll sie dabei in der Bundestagsfraktion unterstützen.



Inhalt

Bund sorgt für „Größte Kommunalentlastung“

CDU für Anpassung der Beamtgehälter

WerkSTADT-GEspräch

Hertie-Immobilie

CDU-Ratsfraktion informiert:

Vier-spurige Kanalbrücke

Unhaltbare Zustände am Bahnhof Buer-Süd

Integration beschleunigen

Kulturgut „Sonntag“

Bund entlastet Kommunen

Angela Merkel und die Union legen eine eindrucksvolle Regierungsbilanz vor. Von dieser Politik profitiert auch unsere Stadt. Denn der Bund übernimmt zum Beispiel die Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung, Kosten, die bislang die Kommunen zu stemmen haben. Dies ist die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Der Bund handelt und die rot-grüne Landesregierung taktiert mit den Mitteln für den Stärkungspakt. Nun rächt sich, dass rot-grün teure Wahlgeschenke verteilt hat, und jetzt kein Geld mehr für die Kommunen vorhanden ist.

Enge Verzahnung von Ordnungs- und Sozialmaßnahmen

Vor Herausforderungen steht die Stadtgesellschaft durch die EU-Freizügigkeit für Bulgaren und Rumänen ab dem 01. Januar 2014. Etwa 25 Prozent der Zuwanderer aus diesen beiden Ländern kommen zu uns, ohne Berufsausbildung oder Schulabschluss. Diese Menschen bei uns zu integrieren, kann nur durch eine enge Verzahnung von Ordnungs- und Sozialmaßnahmen gemeistert werden. Dies ist eine Erkenntnis unseres WerkSTADT-GEspräches „Freizügigkeit für Rumä-

nen und Bulgaren – Chancen und Risiken für die Stadtgesellschaft“. Das Essener Integrationskonzept „Chancen bieten – Grenzen setzen“ kann hier Maßstab für die Überlegungen der Stadt sein.

Nachhaltigkeit auch in der Verkehrsinfrastruktur

Die CDU macht Dampf bei der städtischen Verkehrsinfrastruktur. Das Thema „Brückensanierung“ haben wir auf die politische Tagesordnung gebracht. Dabei geht es um uns dauerhafte Lösungen, die dem Verkehrsfluss dienen. Unsere Forderung nach einer neuen, vierspurigen Kanalbrücke an der Uechtingstraße trägt dem aktuellen Verkehr Rechnung. Wenn wir schon eine neue Brücke bauen müssen, dann müssen wir dieses Projekt auch richtig, eben zukunftsweisend, anpacken.

Es gibt viel zu tun. Wir packen es an.

Guido Tann
Kreisvorsitzender

Impressum

Herausgeber:

CDU-Kreisverband Gelsenkirchen
Munckelstraße 15, 45879 GE

Verantwortlich und Redaktion:

Ludger Jägers

Weitere Informationen

Wir im Internet:

<http://www.cdu-gelsenkirchen.de>

E-Mail:

info@cdu-gelsenkirchen.de

Bund sorgt für „größte Kommunalentlastung in der Geschichte“

Der Bund wird die Kommunen bis zum Jahr 2016 um rund 20 Milliarden Euro entlasten. „Dies ist die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, sagte der Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete Oliver Wittke. Der Bund übernimmt die Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die derzeit von den Kommunen getragen werden, in mehreren Schritten. Eine entsprechende Änderung des Zwölften Sozialgesetzbuches hatte der Bundestag Ende letzten Jahres verabschiedet.

Stadtetat wird um 13 Millionen entlastet

„Auch Gelsenkirchen wurde im vergangenen Jahr durch die erhöhte Bundesbeteiligung massiv entlastet. Unsere Stadt erhielt im Vergleich zum Vorjahr über 5,6 Millionen Euro mehr Bundeserstattung. Wenn in diesem Jahr die Beteiligung des Bundes auf 75 Prozent steigt, bedeutet dies, dass unsere Stadt um mindestens 13,2 Millionen Euro bei den Sozialausgaben entlastet wird. Ab dem Jahr 2014 erfolgt die Kostenübernahme zu 100 Prozent. Dann werden die nordrhein-westfälischen Kommunen um mehr

als 1 Milliarde Euro entlastet“, erklärte Oliver Wittke.

Land taktiert, Bund handelt

„Während Rot-Grün nach einem neuen Gutachten zum kommunalen Finanzausgleich im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes wieder nur eine neue Umverteilung innerhalb der kommunalen Familie plant, entlastet der Bund die Kommunen tatsächlich“, so der Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete. Nachdem im Jahre 2003 die damalige rot-grüne Bundesregierung die Kommunen im Rahmen der Hartz-Gesetze mit den Kosten der Grundsicherung belastete, wurde durch die jetzige Bundesregierung die Übernahme der Grundsicherungskosten beschlossen.

Erhebliche Entlastung

Damit leiste der Bund einen entscheidenden Beitrag zur Konsolidierung der Finanzen der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen. Die schrittweise Übernahme der Kosten durch den Bund entlastete die kommunalen Kassen im erheblichen Umfang bei ihren stetig steigenden Sozialausgaben. „Profiteure sind alle Kommunen. Die Entlastungen der Kommunen



sind also auf dem Weg. Und auch weitere Entlastungen der Kommunen durch den Bund sind verabredet. Die geplante Neuregelung der Eingliederungshilfe für Behinderte ist bereits für die nächste Wahlperiode vereinbart“, stellte Wittke in Aussicht.

CDU für vollständige Anpassung der Beamtengehälter

Die CDU setzt sich für eine – eins zu eins – Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf die Beamten ein. „Die rot-grüne Landesregierung spaltet die Beamtenschaft - auch bei der Stadt“, kritisieren der CDU-Kreisvorsitzende Guido Tann und der CDU-Fraktionsvorsitzende Werner Wöll. Im Rat der Stadt will die CDU dazu eine Resolution einbringen. Bislang will rot-grün in Düsseldorf nur den Tarifabschluss bis zur Besoldungsgruppe A10 übernehmen. „Der in der Öffentlichkeit vermittelte Eindruck, es sollen nur die höheren Gehälter von

einer vollständigen Übernahme ausgeschlossen werden, hält einer Überprüfung nicht stand. In der allgemeinen Verwaltung bei der Stadt Gelsenkirchen sind rd. 44 % der Beamten von der nicht vollständigen Übernahme des Tarifabschlusses betroffen. Dies zeigt, dass vielmehr auch die mittleren Besoldungsgruppen massiv betroffen sind. Was ist das für eine Wertschätzung der Arbeitsleistung eines jeden Einzelnen, wenn Besoldungsanpassungen von der jeweiligen Besoldungsgruppe abhängig gemacht wird?“, beklagen Tann und Wöll.

Nachnutzung der Hertie Immobilie sorgt für Belebung der City

Überrascht und „hoch erfreut“ äußert sich Andreas Est, Vorsitzender der CDU-Buer, zu dem nun bekannt gewordenen Kauf der seit ein paar Jahren zum großen Teil leerstehenden Hertie-Immobilie durch buersche Geschäftsleute. „Die Beseitigung des (faktischen) Leerstandes ist ein tolles Signal für unsere Innenstadt und die weitere Entwicklung von Buer. Ich finde es toll für unsere Stadt, dass hiesige Kaufleute und Immobilienbesitzer nicht lamentieren, sondern aktiv werden und für die Beseitigung eines riesigen Leerstandes in der buerschen City sorgen. Ich bin sicher, dieser Vertrauensbeweis in unsere Innenstadt wird seine Wirkung nicht verfehlen und zu einer weiteren Belebung der City beitragen“, erklärt der CDU-Politiker.



CDU hält ihre Kritik an den unhaltbaren Zuständen am Bahnhof Buer-Süd aufrecht

Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2013 hat die CDU-Ratsfraktion beantragt, das Gelände rund um den Bahnhof Buer-Süd inklusive der Straße Am Bahnhof Süd zu überplanen.

„Keine kurzfristigen Abhilfemöglichkeiten

Daraufhin hat die Verwaltung mehr oder weniger deutlich erklärt, dass sie aufgrund der Eigentumsverhältnisse (Straße und Bahnhofsgelände befinden sich im Eigentum der DB) keine kurzfristigen Abhilfemöglichkeiten sieht. Auch teilt die Verwaltung mit, dass sie von der geplanten Errichtung ansprechender Fahrgastunterstände und Fahrgastinformationen wieder Abstand genommen hat, weil sich die Flächen im Zuständigkeitsbereich der DB befinden. „Allein darauf zu hoffen, wie es die Verwaltung tut, durch den Umbau der Horster Straße mittelfristig eine Verbesserung des Bahnumfeldes und der Zuwegung zum Bahnhof zu erzielen, ist uns zu wenig“, erklärt der örtliche CDU-Stadtverordnete Werner-Klaus Jansen.

Der jetzt durchgeführte Ortstermin hat ergeben, dass bei dem Einstieg vom Bahnsteig in den Zug trotz ausgefahrener Trittstufen des Zuges eine Höhe von



74cm zu überwinden ist. Diese Höhendifferenz, die naturgemäß auch beim Aussteigen gilt, ist für ältere und von mobilitätseingeschränkten Personen nicht zu bewältigen. Daher wird die CDU-Fraktion im Verkehrs- und Bauausschuss schnellstmögliche Abhilfe einfordern.

„Bewegung in die Sache bringen“

Das Eigentumsproblem, auf das sich die Verwaltung zurückzieht, nimmt die CDU zum Anlass, die Verwaltung zu beauftragen, Möglichkeiten zu suchen, neue Grundstücksregelungen mit der DB AG zu treffen. Werner Wöll, Fraktionsvorsitzender der CDU: „Wir wollen endlich Bewegung in die Sache bringen! Das Warten hat sich nicht gelohnt.“

CDU freut sich: Stadt ist um eine Schrottimmoblie erleichtert

Die Brandruine im Einmündungsbereich Brauckstraße/Middelicher Straße ist verschwunden. Das Objekt, welches sich an exponierter Lage am Rande von mehreren Landschaftsschutzgebieten befand, war nicht nur ein negativer Blickfang, sondern stellte auch eine erhebliche Gefahrenquelle für dort spielende Kinder dar.

Nachdem die Ruine an die Nachbar-eigentümerin verkauft wurde, konnte durch intensive Überzeugungsarbeit und in mehreren Einzelgesprächen schließlich dieses Ergebnis herbeigeführt werden. Werner Wöll, Fraktionsvorsitzender der CDU: „Beharrlichkeit und Ausdauer haben sich ausgezahlt. Dieser Erfolg zeigt, wie wichtig es ist, jedem Einzelfall nachzugehen. Wir werden uns weiter engagieren, um auch andere Schandflecken in der Stadt zu beseitigen und damit einen Beitrag zur Stadtbildpflege leisten.“

Integration be- und nicht entschleunigen

Zur Einrichtung türkischsprachiger ZWAR-Gruppen durch die Verwaltung erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion im Integrationsrat Alfred Brosch: „Es ist schon eigenartig, wie die Verwaltung bei der Einrichtung türkischsprachiger ZWAR-Gruppen (zwischen Arbeit und Ruhestand) vorgeht. Ein wichtiges und ohnehin kultursensibles Thema wird dabei nicht im zuständigen Gremium (hier Integrationsrat) beraten, sondern wiederholt über eine Beschlussfassung in einem anderen Beirat eingerichtet. Wohin soll das führen, und was machen wir mit anderssprachigen BürgerINNEN und ihrer Zuwanderungsgeschichte?“

Nach aktuellem Stand gibt es in Gelsenkirchen bereits 14 ZWAR-Gruppen. Das ehrenamtliche Engagement der Mitwirkenden ist durchaus eine Berei-

cherung der Angebote im Stadtbezirk mit individuellen Ressourcen. Daher ist es gerade zu begrüßen, dass sich auch BürgerINNEN mit Zuwanderungsgeschichte in bereits bestehende Gruppen einbringen. Man könnte sagen: hier findet Integration statt – oder?



Anstatt für BürgerINNEN mit Zuwanderungsgeschichte die Teilnahme in den bestehenden Gruppen zu fördern und zumindest unter Einbeziehung des Integrationsrates zu beraten, wie diese Entwicklung intensiviert werden könnte, werden still und leise und nahezu im Eiltempo parallele Strukturen geschaffen. Wie anders ist es zu erklä-

ren, dass nach Einrichtung der ersten Gruppe (Februar 2013) bereits eine weitere Gruppe an den Start gehen soll? Da kann einem schwindelig werden und der durch OB Baranowski oft angeführte Ausspruch „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ bleibt hier in der Fachverwaltung ungehört.

Kurzum: in der Sache ist das hochgradig bedenklich, bereitet zusätzliche Kosten und eine Beteiligung des Integrationsrates findet zu einem Kernthema nicht statt.“

CDU-Ratsfraktion informiert:

Verantwortlich:
Werner Wöll, Wolfgang Heinberg
CDU-Ratsfraktion Gelsenkirchen,
Emscherstraße 66, 45891 Gelsenkirchen

CDU für einen 4-spurigen Ersatzbau der Kanalbrücke an der Uechtingstraße

Da sich viele Brückenanlagen in der Stadt in einem unbefriedigenden Zustand befinden, hat die CDU-Ratsfraktion bereits im Herbst des letzten Jahres einen



umfassenden Zustandsbericht der Verwaltung angefordert. Gabriele Hollmann-Bielefeld, Sprecherin der CDU-Fraktion im Verkehrs- und Bauausschuss: „Was der Verkehrs- und Bauausschuss jetzt beraten wird, hatten wir eigentlich schon zur Sitzung im Januar erwartet. Doch hier hatte die Verwaltung lediglich eine bloße Aufzählung der Gelsenkirchener Brückenbauwerke gefertigt. Erst unser vehementes Nachhaken hat die Verwaltung bewogen, diesen nun vorliegenden Ergänzungsbericht zu erstellen, der aus unserer Sicht richtungsweisende Erkenntnisse enthält und einer intensiven politischen Diskussion bedarf.“

Verkehrsprobleme dürfen nicht für die Zukunft zementiert werden!

Rund 6,38 Millionen € müssen nach Aussage des Berichtes in den kommenden fünf bis zehn Jahren sukzessive in den Haushalt eingestellt werden, um erforderliche Ersatzbauten errichten zu können. Die größte Summe wird hierbei der Ersatzneubau für die vorhandene Stahlbogenbrücke über den Rhein-Herne-Kanal im Zuge der Uechtingstraße beanspruchen.

Die auf den Widerlagern von 1913 nach Kriegsende neu errichtete Brücke muss nach Aussage der Verwaltung für 3.150.000,00 € ersetzt werden. Bislang sahen die Planungen des Verkehrsreferates vor, das Bauwerk im Zuge des vierspurigen Ausbaus der Adenauerallee auszutauschen. Mittlerweile ist die Verwaltung von diesem Vorhaben abgerückt und plant nur noch einen zweispurigen Ausbau.

Nachhaltige Lösung

Hollmann-Bielefeld: „Wenn die Brücke neu gebaut werden muss, dann bitte auch vierspurig. Dieses Nadelöhr zwischen der vierspurigen Adenauerallee und der neuen vierspurigen Anschlussstelle zur A42 muss in diesem Zusammenhang aufgelöst werden. Es kann nicht sein, dass wir diesen mehr als unbefriedigenden Zustand für die nächsten hundert Jahre zementieren! Die CDU will hier eine nachhaltige Lösung für das bestehende Verkehrsproblem schaffen und die Brücke, wenn sie schon neu gebaut werden muss, entsprechend gestalten. Natürlich muss dann mittelfristig auch über einen Ausbau der Brücke über die Emscher nachgedacht werden. Für beide Vorhaben ist jedoch noch ausreichend Zeit vorhanden, um sich verwaltschaftsseitig um eine Co – Finanzierung zum Beispiel durch eine Mittelvergabe im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) zu bewerben. Wir dürfen nicht abwarten, bis die Brücke nicht mehr verkehrssicher ist und gesperrt werden muss und eine kurzfristige Mittelvergabe dann nicht möglich ist und deswegen alles bleiben muss, wie es ist.“

„Dr. Haertel ist aus dem Winterschlaf erwacht“

Die Kritik der SPD an der CDU-Forderung weist der Fraktionsvorsitzende Werner Wöll zurück. „Der Rückzug auf die städtische Finanzlage ist das Generalargument der SPD, um den Stillstand in unserer Stadt zu rechtfertigen und zu manifestieren. Niemand hat davon gesprochen, die Brücke vierspurig aus städtischen Mitteln auszubauen. Die CDU will auch keine anderen wichtigen Straßenbauprojekte, wie Dr. Haertel meint, streichen, sondern will zusätzliche Mittel aus anderen Töpfen generieren. Richtig ist, dass Fördermaßnahmen aus Mitteln des Bundes, des Landes oder der EU lange Vorläufe haben. Da hat Dr. Haertel recht, und gesteht damit ein, wie wichtig es gewesen ist, dass die CDU die Sanierungsbedürftigkeit der städtischen

Brückenanlagen überhaupt zum Thema gemacht hat. Ginge es nach der SPD, würde die Brücke bis zum letzten Tag genutzt und dann dicht gemacht, weil nichts mehr geht. Das ist kein vorausschauendes und verantwortungsbewusstes Handeln.“

Maßnahmen vollenden

Die CDU sieht den vierspurigen Ausbau der Brücke über den Rhein-Herne-Kanal als notwendige und zwingende Folgemaßnahme des vierspurigen Ausbaus der Adenauerallee und vor allem des zuletzt vierspurigen Neubaus des A42 Zubringers im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 an. „Alle politischen Verantwortungsträger waren sich einig, den vierspurigen A42 Zubringer für die WM 2006 dringend zu benötigen, um fünf WM-Spiele in Gelsenkirchen angemessen bestreiten zu können. Jetzt wo es gilt, die Maßnahme zu vollenden, um den täglichen Rückstau und das Chaos bei regelmäßigen Großveranstaltungen in der Velits-Arena zu beenden, fehlt es an Kreativität und politischem Gestaltungswillen. Da bis zur Ausschusssitzung am nächsten Donnerstag noch ein paar Tage vergehen und eine Fraktionsitzung dazwischen liegt, geben wir die Hoffnung nicht auf, dass der jetzt zumindest aus dem Winterschlaf erwachte Dr. Haertel noch einmal in sich geht“, so Wöll abschließend.



CDU-WerkSTADT-GEspräch: „Das Recht für unsere Gemeinschaft konsequent anwenden“

Die Zeit drängt, wenn am 01. Januar 2014 die vollständige Freizügigkeit für Rumänen und Bulgaren in der Europäischen Gemeinschaft beginnt. Die Städte im Ruhrgebiet müssen sich auf eine große Zahl von Armutszuwanderer aus Bulgarien und Rumänien vorbereiten. In Gelsenkirchen leben derzeit 1.930 Rumänen und Bulgaren, davon rund 65 Prozent in der Neustadt und in Ückendorf, der Rest in Hassel, Scholven und Beckhausen. In Essen sind es zurzeit 2.700.

„75 Prozent der nach Deutschland kommenden Rumänen und Bulgaren sind gut ausgebildet, sie lassen sich auch gut integrieren“, betonte Diane Jägers, Rechtsdezernentin in Bochum. „Aber wie gehen wir mit denen um, die keine Qualifikationen haben, die sich nur schwer oder gar nicht integrieren lassen?“

Alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen

Einig waren sich alle Experten bei dem CDU-WerkSTADT-GEspräch „Freizügigkeit für Rumänen und Bulgaren – Chan-

cen und Risiken für die Stadtgesellschaft“, dass die Städte diese große sozialpolitische Herausforderung nur lösen können, wenn man auch alle rechtlichen Möglichkeiten nutzt. „Wir müssen das Recht für unsere Gemeinschaft, unsere Stadtgesellschaft konsequent anwenden, damit es keine rechtsfreien Räume gibt“, stellte er stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende, Wolfgang Heinberg, klar. Er forderte einen transparenten Umgang mit diesem Thema und eine Informationspolitik von der Stadt für die Stadtgesellschaft über die Maßnahmen. Es müsse zudem auf die subjektiven Ängste der Bürger Rücksicht genommen werden.

Schulpflicht streng überwachen

Dazu gehöre, so Diane Jägers, die Möglichkeiten des Melderechts konsequent zu nutzen. „Die Städte müssen darauf achten, dass



sich alle Ankommenden auch hier anmelden und die Schulpflicht der Kinder und Jugendlichen streng überwachen.“ Auch für den Gelsenkirchener Caritasdirektor Peter Spannenkrebs ist der Ansatz über Schulbildung der Kinder ein entscheidender Punkt. Er sieht die Stadtgesellschaft und die Stadt hier in einer besonderen Verantwortung.

„Chancen bieten – Grenzen setzen“

Der Essener Sozialdezernent Peter Renzel erklärte, dass die Stadt Essen die schwierige Integration dieses Bevölkerungsteiles ebenso angehen



werde, wie sie dies mit der Integration der Libanesen getan habe. Das erfolgreiche Konzept „Chancen bieten – Grenzen setzen“, mit dem es gelungen sei, den Integrationsprozess der Libanesen in der Stadt voran zu treiben, werde nunmehr auch angewandt.

 **CDU** FRAKTION im Rat der Stadt Gelsenkirchen

Unakzeptable Sonntagspläne der Landesregierung

Der von rot-grün im neuen Ladenöffnungsgesetz geschaffene zweite verkaufsoffene Sonntag ist aus Sicht des stellv. Fraktionsvorsitzenden der CDU-Ratsfraktion, Wolfgang Heinberg, erstens ein Bruch gegebener Zusagen im Landtagswahlkampf und zweitens ein substantieller Angriff auf das Kulturgut "Sonntag bzw. christlicher Feiertag".

„Frontalangriff auf die christliche Kultur“

Heinberg: „Die bisher bekannten Pläne 12 plus 1 Sonntage zur Verkaufsöffnung frei zu geben ist schon nicht akzeptabel und schon gar nicht ein Mehr an Sonntagsschutz wie ihn auch die Gelsenkirchener Allianz für den arbeitsfreien Sonntag fordert und von rot-grün im letzten Landtagswahlkampf versprochen wurde. Dass jetzt aber

auch noch ein zweiter Adventssonntag zur Disposition steht und wir möglicherweise eine 12 plus 2-Regelung bekommen, ist für mich ein politischer Frontalangriff auf ein christliches Kulturgut und ein weiterer Ausweis dafür, dass die Ökonomisierung aller Lebensbereiche immer weiter politisch vorangetrieben wird und Werte und Kulturgüter jetzt Kommerz und Event geopfert werden sollen.“

Nicht der Mainstream

Für die Christlich-Sozialen in der CDU und vermutlich die allermeisten Mitglieder der Trägerorganisationen der



lokalen Sonntagsallianz (u.a. Katholische Arbeitnehmer-Bewegung und Dienstleistungsgewerkschaft ver.di) in Gelsenkirchen bleibt das Thema Sonntagsschutz und die Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft und die damit verbundenen Konsequenzen für Arbeitnehmer, Familien und die Gesellschaft insgesamt auch nach der Landtagsentscheidung weiter auf der Tagesordnung.

Heinberg: „Mir ist klar, dass meine Mitstreiter und ich vielleicht in der Sonntagsfrage nicht den Mainstream in meiner Partei oder in der Gesellschaft vertreten und repräsentieren. Der Einsatz für das Kulturgut Sonntag, gegen eine 24/7-Gesellschaft, für Werte jenseits von Konsum und Kommerz ist für mich und Viele aber Überzeugung und politische Werthaltung.“

Leben und Arbeiten FÜR KREATIVE KÖPFE

Neuvorstellung

Haben Sie einen künstlerischen Beruf? Sind Sie in der Kreativwirtschaft tätig? Dann ist der Halfmannshof Ihre Adresse.

- Sechs Einfamilienreihenhäuser von 135 bis 145 m² Wohnfläche
- Toplage im zentralen Ruhrgebiet mit hervorragender Verkehrsanbindung zu den Innenstädten von Gelsenkirchen, Bochum, Essen
- Gebäudemaß ca. 12 x 6 Meter
- KfW-Effizienzhaus 70 in individueller Architektur
- Mit Loggia und Garten



www.kreativquartier-halfmannshof.de

Kreativ  Quartier
Halfmannshof

Gelsenkirchener Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH
Darler Heide 100 · 45891 Gelsenkirchen · www.ggw-gelsenkirchen.de
Ihre Ansprechpartner: Herr Roch, Tel. 706-1065, roch@g-g-w.de
Frau Nowak, Tel. 706-1061, nowak@g-g-w.de

ggw:

gelsenkirchener gemeinnützige
wohnungsbaugesellschaft mbH



Steig ein!

Mit Vollgas Richtung Führerschein.
Das Sparkassen Spar + fahr Konto.

www.sparundfahrkonto.de



Sparkasse
Gelsenkirchen